

Die letzte Chance der UNO: Menschenrechtsanwalt Craig Mokhiber packt aus

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Dimitri Lascaris (DL): Guten Tag, hier ist Dimitri Lascaris mit Reason2Resist aus Kalamata, Griechenland, am 17. September 2025. Heute ist wieder ein hoch angesehener Menschenrechtsanwalt zu Gast bei Reason2Resist, der sich sehr gut mit der UN-Charta für internationale Menschenrechte auskennt. Viele von Ihnen werden schon von ihm gehört haben. Sein Name ist Craig Mokhiber. Craig ist ein ehemaliger UN-Menschenrechtsbeauftragter aus den USA und Spezialist für internationales Menschenrecht, Menschenrechtspolitik und -methodik. Am 28. Oktober 2023, drei Wochen nach Beginn des Völkermords Israels an Gaza, trat Craig vier Tage vor seiner geplanten Pensionierung als Direktor des New Yorker Büros des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte zurück. In seinem Abschiedsbrief an den Hochkommissar Volker Türk kritisierte Craig scharf die Reaktion der Organisation auf Israels Krieg gegen Gaza, bezeichnete Israels militärische Intervention als „Völkermord wie aus dem Lehrbuch“ – prophetische Worte – und warf der UNO Untätigkeit vor. Vielen Dank, dass Sie heute bei uns sind.

Craig Mokhiber (CM): Danke, Dimitri. Es ist immer schön, bei Ihnen zu sein.

DL: Craig, ich möchte unsere Diskussion mit dem wegweisenden Bericht beginnen, der gestern von der Unabhängigen Untersuchungskommission der Vereinten Nationen zu den besetzten palästinensischen Gebieten veröffentlicht wurde. Ich würde gerne Ihre Meinung zur Bedeutung dieses Berichts hören. Aber bevor ich das tue, könnten Sie uns bitte etwas über das Mandat der Untersuchungskommission und ihre Zusammensetzung erzählen? Was ist ihr Mandat und wer sind ihre Mitglieder?

CM: Das Mandat besteht darin, die Menschenrechtslage in den besetzten palästinensischen Gebieten zu untersuchen und darüber zu berichten. Sie befasst sich mit allen Handlungen Israels und anderer Akteure und besteht aus drei renommierten internationalen Menschenrechtsexperten. Navi Pillay ist die Vorsitzende der Kommission. Sie ist bekannt als ehemalige UN-Hochkommissarin für Menschenrechte. Davor war sie internationale Richterin am Ruanda-Tribunal. Sie war Richterin am Obersten Gerichtshof in Südafrika und wurde von Nelson Mandela ernannt. Sie ist die Vorsitzende. Zu ihr gesellen sich Chris Sidoti, der zweite Kommissar, ein renommierter internationaler Menschenrechtsanwalt aus Australien, und Miloon Kothari, ein weiterer sehr bekannter internationaler Menschenrechtsexperte, der selbst zuvor als Sonderberichterstatter tätig war und eine Reihe von Positionen im Bereich der Menschenrechte innehatte. Es handelt sich also um unabhängige Experten. Sie nehmen keine Anweisungen von Regierungen oder Organen der Vereinten Nationen entgegen. Sie berichten an den UN-Menschenrechtsrat, sind jedoch unabhängige Akteure, die verpflichtet sind, auf der Grundlage des Völkerrechts und der Fakten vor Ort zu berichten. Sie haben bereits vor Oktober 2023 aktiv die Lage vor Ort untersucht und die Fakten und Rechtsverstöße in einer Reihe von Berichten akribisch und Schritt für Schritt dokumentiert, was nun in diesem Bericht gipfelt, in dem festgestellt wird, dass Israel in Palästina Völkermord begangen hat und weiterhin begeht.

DL: Könnten Sie etwas näher auf die Schlussfolgerungen des Berichts eingehen? Ich selbst hatte noch keine Gelegenheit, ihn vollständig zu lesen, aber ich habe eine Pressemitteilung der UNO gelesen, in der es heißt, dass Israel vier oder fünf Kategorien von Völkermordhandlungen begeht, und in der auch von der Absicht des Völkermords die Rede ist. Könnten Sie uns über den Kern ihrer Entscheidung in dieser Hinsicht aufklären?

CM: Man kann Ihnen nicht übel nehmen, dass Sie den Bericht noch nicht gelesen haben, Dimitri. Er umfasst 80 Seiten mit detaillierten Fakten und rechtlichen Analysen und ist das Ergebnis einer zweijährigen Untersuchung. Wie ich bereits sagte, stützt sich die Analyse in erster Linie auf die Völkermordkonvention der Vereinten Nationen, die Völkermord auf ganz bestimmte Weise definiert. Darin heißt es, dass eine ganz bestimmte Absicht vorliegen muss und dass eine von fünf verschiedenen Handlungen begangen worden sein muss. Die Kommission hat vier dieser Handlungen sehr direkt dokumentiert: die Tötung von Mitgliedern der Gruppe als solche, also die Tötung aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu dieser Gruppe, die Zufügung schwerer körperlicher und seelischer Schäden – all dies ist für jeden offensichtlich, der Ihre Berichte der letzten zwei Jahre verfolgt hat, aber es wurde von der Kommission dokumentiert. Drittens, und dies ist eine besonders wichtige Formulierung der Völkermordkonvention, ist die Schaffung von Lebensbedingungen, die auf die vollständige oder teilweise Zerstörung der Gruppe abzielen – was sehr systematisch geschehen ist. Und die Verhängung von Maßnahmen, die darauf abzielen, Geburten innerhalb der Gruppe, innerhalb der palästinensischen Gemeinschaft, zu verhindern. Es gibt einen fünften Punkt in der Völkermordkonvention, der sich auf die Überführung von Kindern aus der Gruppe in die eigene Gruppe bezieht. Dies ist in einigen Völkermorden in der Vergangenheit geschehen. Sie haben dies nicht berücksichtigt, weil sie keine direkten Beweise dafür hatten, dass Israel dies getan hat. Es gab Fälle von vermissten Kindern nach der israelischen Invasion und so weiter,

aber sie hatten keine direkten Beweise dafür, dass diese Kinder nach Israel gebracht wurden, außer als Gefangene.

Die ersten vier Punkte sind also das Töten, die schwere körperliche und seelische Schädigung, das Herbeiführen von Bedingungen, die auf die Zerstörung der Gruppe abzielen, und Maßnahmen zur Verhinderung von Geburten, was ein sehr aufschlussreicher Völkermordakt ist, da er darauf abzielt, die Gruppe zu zerstören. Und wenn man das tun will, muss man Geburten verhindern. Besonders erschreckend an Israels Völkermord in Palästina ist, dass sie systematisch und absichtlich daran gearbeitet haben, die Vergangenheit der palästinensischen Präsenz in ihrer Heimat auszulöschen, indem sie beispielsweise Denkmäler, Friedhöfe, öffentliche Aufzeichnungen usw. zerstört haben, um auch die Gegenwart zu zerstören, was sie durch die Zerstörung aller Schulen, Krankenhäuser, Moscheen, Flüchtlingsunterkünfte, Kirchen, öffentlichen Gebäuden, Lebensmittelgeschäften, landwirtschaftlichen Flächen usw. erreicht haben. Und dann auch die Zukunft zerstören, indem sie die Bevölkerung vertreiben. Und ganz besonders, indem sie Kinder ins Visier nehmen und Maßnahmen ergreifen, um Geburten zu verhindern, was die Kommission sehr deutlich in den Handlungen Israels dokumentiert, zum Beispiel indem sie systematisch alle Entbindungsstationen in Gaza ins Visier nehmen, Frauen zwingen, unter unsterilen Bedingungen zu gebären, Kaiserschnitte ohne Betäubung durchführen, all diese Art von Horrorgeschichten, die ans Licht gekommen sind. Außerdem haben sie die einzige Fertilitätsklinik in Gaza gezielt zerstört und damit alle dort gelagerten Embryonen, alle dort gelagerten Unterlagen, alle dort aufbewahrten Hoffnungen palästinensischer Familien in Gaza vernichtet.

Was diese schrecklichen Verbrechen vom Konzept des Völkermords unterscheidet, ist, dass sie gemäß der Völkermordkonvention mit der ganz konkreten Absicht begangen werden müssen, die Gruppe ganz oder teilweise zu vernichten. Und die Kommission unternimmt große Anstrengungen. Ich denke, sie geht sogar über das erforderliche Maß hinaus, um Beweise für die Absicht zu dokumentieren. Und der Grund, warum ich sage, dass sie weiter gehen, als nötig ist, liegt darin, dass eine der Besonderheiten, über die wir alle seit zwei Jahren im Zusammenhang mit diesem Völkermord sprechen, darin besteht, dass die Israelis so sehr von ihrer absoluten Straffreiheit überzeugt sind, die von den westlichen Ländern unterstützt wird, und von ihrer absoluten Überzeugung, dass sie nicht zur Rechenschaft gezogen werden, dass sie ihre genozidale Absicht immer wieder öffentlich und lautstark verkünden. Und hier sprechen wir nicht von Randfiguren. Wir sprechen vom Premierminister, vom Präsidenten, von den meisten Kabinettsministern, von hochrangigen politischen Führern, von hochrangigen Militärs, von Militärkommandanten, die alle offen und wiederholt ihre Absicht bekunden, das palästinensische Volk auszulöschen, zumindest in Gaza, und das ganz offiziell.

Um dies zu untermauern, geht die Kommission jedoch über die Dokumentation hinaus und untersucht Beweise. In internationalen Gerichtsverfahren kommt es normalerweise nicht vor, dass Völkermordabsichten so öffentlich erklärt werden wie im Fall Israels. In den meisten Fällen von Völkermord muss man, wie ich bereits sagte, staubige Regierungsarchive

durchforsten, um nach eindeutigen Beweisen oder Hinweisen auf eine genozidale Absicht zu suchen. Das ist oft nicht leicht zu finden. Daher ist es auch zulässig, die Absicht im Wesentlichen anhand des Verhaltens zu beurteilen. Und sie analysierten eine ganze Reihe von Handlungen, die eine genozidale Absicht, den Kontext, die Begehung anderer strafbarer Handlungen, die systematisch gegen dieselbe Gruppe gerichtet sind und zeigen, dass sie diese Gruppe ins Visier nehmen, das Ausmaß der Gräueltaten, die in Palästina beispiellos sind, die eingesetzten Mittel und Methoden, die große Zahl ziviler Opfer, die systematische Verfolgung von Menschen allein aufgrund der Tatsache, dass sie als Palästinenser in Gaza geboren wurden, die Wiederholung zerstörerischer Handlungen, diskriminierender Handlungen und die Verwendung von Sprache, um diese Gruppe gleichzeitig ins Visier zu nehmen. All diese Dinge zusammen genommen und dokumentiert, zeigen meiner Meinung nach zweifelsfrei, dass die Israelis die Absicht haben, das palästinensische Volk in Gaza auszulöschen. Und ich würde noch hinzufügen, dass sich der Völkermord auch auf das Westjordanland ausbreitet, wo bereits seit Oktober 2023 Pogrome in Dörfern stattfinden, sogar schon seit dem Frühjahr 2023.

Es handelt sich also nicht um eine redaktionelle Meinung der Untersuchungskommission, sondern um eine rechtliche Analyse, die direkt mit den Anforderungen des Völkermordbegriffs in der Konvention der Vereinten Nationen über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes und allen damit verbundenen Fakten durch ein offizielles Organ der Vereinten Nationen mit Untersuchungsmandat abgeglichen wird. Dies unterscheidet sich von anderen Arten von Gremien. Sie haben tatsächlich ein Mandat zur Untersuchung und haben nun diesen sehr vernichtenden, klaren und unmissverständlichen Bericht veröffentlicht, in dem sie zu dem Schluss kommen, dass Israel Völkermord begeht.

DL: Was die Frage der Völkermordabsicht angeht, haben Sie erwähnt, dass sich die Kommission teilweise auf Aussagen des israelischen Präsidenten Isaac Herzog stützt. Und natürlich wurde mindestens eine dieser Aussagen, wenn ich mich recht erinnere, vielleicht sogar mehr als eine, vom Internationalen Gerichtshof in seinem Gutachten vom Januar 2024 zitiert, in dem er vorläufige Maßnahmen zum Schutz der palästinensischen Bevölkerung anordnete. Er wurde zwar noch nicht vom Internationalen Strafgerichtshof angeklagt, aber er hat tatsächlich das Vereinigte Königreich besucht. Ich glaube, das war letzte Woche. Er wurde vom britischen Premierminister Sir Keir Starmer in der Downing Street Nr. 10 herzlich empfangen. Ich möchte klarstellen, dass ich Sie nicht nach dem britischen Recht frage, sondern mich für Ihre Meinung zum Völkerrecht interessiere. Glauben Sie, dass die britische Regierung auf der Grundlage der verfügbaren Beweise nach dem Völkerrecht verpflichtet war, Isaac Herzog zu verhaften, als er britischen Boden betrat?

CM: Ja, ich denke, es gibt sehr starke Argumente dafür, dass sie dies hätten tun müssen. Sie hatten diplomatische Auswege. Sie hätten ihm beispielsweise raten können, nicht zu kommen, aber nachdem sie ihm die Einreise in ihr Hoheitsgebiet gestattet hatten, unabhängig davon, ob er vom Internationalen Strafgerichtshof angeklagt wurde oder nicht – und übrigens ist der Internationale Strafgerichtshof unter der Verfolgung durch die Vereinigten Staaten, Israel und andere praktisch inaktiv geworden. Wir wissen, dass weitere Anklagen in

Vorbereitung waren, die praktisch bereit waren, erhoben zu werden, bevor die Sanktionen der US-Regierung zu greifen begannen. Und auf der kurzen Liste derjenigen, die wahrscheinlich angeklagt werden, muss man den israelischen Präsidenten berücksichtigen, angesichts seiner Beteiligung an dieser Sache und seiner Äußerungen, die übrigens in dem Bericht sowohl im Hinblick auf die Absicht zum Völkermord als auch im Hinblick auf das separate Verbrechen der Anstiftung zum Völkermord zitiert werden. Wenn er spricht, hören die Menschen in seinem Land zu, weil er der Präsident ist. Und er hat eine Reihe von Äußerungen gemacht, die nach internationalem Recht eine Anstiftung darstellen würden.

Was sind also die Verpflichtungen von Staaten wie Großbritannien und übrigens auch Kanada, den USA, Deutschland und anderen Staaten, die sich an der Begehung des Völkermords mitschuldig gemacht haben? Einer der Punkte, die die Kommission in ihrer Untersuchung hervorhebt, ist, dass zumindest zu dem Zeitpunkt im letzten Jahr, als der Internationale Gerichtshof einen Völkermord für plausibel befand und seine vorläufigen Maßnahmen erließ, zumindest zu diesem Zeitpunkt und wahrscheinlich schon früher, alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen auf die Gefahr, zumindest die Gefahr eines Völkermords, hingewiesen wurden. Und das verpflichtete sie alle, einschließlich des Vereinigten Königreichs, rechtlich dazu, alle wirksamen Maßnahmen zu ergreifen, um diesen Völkermord zu verhindern und zu stoppen, beginnend mit negativen Maßnahmen, sich nicht mit dem verübenden Regime zu verbünden, es in keiner Weise zu unterstützen und seine Handlungen nicht anzuerkennen. Und schon gar nicht, es so zu unterstützen, wie es das Vereinigte Königreich mit Geheimdienstinformationen über Flüge und Waffenteile und anderen Faktoren getan hat.

Aber einen der Täter tatsächlich in sein Land einzuladen und keine Maßnahmen zu ergreifen, um ihn zur Rechenschaft zu ziehen, ist meiner Meinung nach ein Verstoß gegen die völkerrechtlichen Verpflichtungen des Vereinigten Königreichs, einzugreifen. Unabhängig davon, ob er vor einem internationalen Gericht angeklagt wird oder nicht, gibt es Gesetze, es gibt nationale Gesetze in Ländern, die genau zu diesem Zweck geschaffen wurden, damit sie ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen zur Verhinderung von Völkermord, zur Gewährleistung der Einhaltung des humanitären Völkerrechts gemäß den Genfer Konventionen, anderen Verpflichtungen aus Menschenrechtsverträgen usw. nachkommen können. Und es ist klar, dass Großbritannien diesen Standard nicht nur nicht erfüllt, diesen Verpflichtungen nicht nachkommt, sondern sie sogar direkt verletzt, indem es sich mitschuldig macht. Und es gibt so viele andere westliche Staaten, bei denen dasselbe gesagt werden kann.

DL: Bevor die UN-Untersuchungskommission gestern ihren Bericht veröffentlichte, hatten viele renommierte Menschenrechtsorganisationen und Experten bereits die Meinung vertreten, dass Israel Völkermord begeht. Diese Liste ist keineswegs vollständig, aber dazu gehören Amnesty International, die israelische Menschenrechtsgruppe B'Tselem, die israelische Menschenrechtsgruppe Physicians for Human Rights Israel und die International Association of Genocide Scholars, die meines Wissens die weltweit führende Vereinigung von Völkermordforschern ist. Und natürlich die wunderbare Francesca Albanese, die

derzeitige UN-Sonderberichterstatterin für die Menschenrechtslage in den besetzten palästinensischen Gebieten. Glauben Sie angesichts dieser Vielzahl von Expertenmeinungen, dass Israel tatsächlich Völkermord begeht, dass der Bericht der UN-Kommission eine wichtige neue rechtliche Entwicklung darstellt? Und wenn ja, warum?

CM: Nun, dazu möchte ich ein paar Dinge sagen. Der Bericht kommt zu spät. Es handelt sich um zwei Jahre Völkermord, der live übertragen wurde. Es gibt niemanden mehr auf diesem Planeten, der nicht weiß, was in Palästina vor sich geht. Selbst normale Bürger haben inzwischen verstanden, was dort vor Ort geschieht, aber Experten und diejenigen mit internationalen Mandaten wussten das sicherlich schon lange. Mein Brief an die UNO stammt aus dem Oktober 2023. Darin habe ich auf den Völkermord hingewiesen und hochrangige Vertreter der Organisation darauf aufmerksam gemacht. Kurz darauf folgten die Ergebnisse von Francesca Albanese als UN-Sonderberichterstatterin, wie Sie bereits erwähnt haben. Danach kam eine ganze Reihe unabhängiger Menschenrechtsexperten der Vereinten Nationen, die im Auftrag des Menschenrechtsrats tätig waren und zu denselben Ergebnissen kamen. Übrigens ist der Internationale Gerichtshof ein Gericht der Vereinten Nationen, und er hatte bereits die Plausibilität eines Völkermords festgestellt und vorläufige Maßnahmen erlassen, um diese Dinge zu stoppen. Ganz zu schweigen von all den externen Gruppen, die Sie erwähnt haben: Amnesty, Human Rights Watch, alle großen palästinensischen Menschenrechtsorganisationen, die großen israelischen Menschenrechtsorganisationen, die Sie erwähnt haben, internationale Juristen, bei denen es einen Konsens über Völkermord gibt, den ich in meiner Arbeit im Bereich des Völkerrechts und der internationalen Beziehungen noch nie gesehen habe.

Man könnte also sagen, dass es für diese Kommission ziemlich spät ist, dies zu tun. Andererseits hat diese Kommission an diesem Fall gearbeitet. Sie hat bewusst und systematisch dokumentiert und über einen Zeitraum von zwei Jahren Analysen durchgeführt. Sie hat andere Berichte mit sehr vernichtenden Ergebnissen über israelische Verbrechen gegen die Menschlichkeit, über systematische Kriegsverbrechen Israels und so weiter veröffentlicht. Und nun hat sie mit diesem Bericht noch eins draufgesetzt. Das Wichtige an diesem Bericht ist, dass er den beispiellosen Konsens zwischen internationalen Mechanismen, Rechtswissenschaftlern, wie Sie sagen, Völkermordforschern und anderen aufzeigt. Und er entlarvt sowohl die Vereinten Nationen selbst, die politischen Strukturen der Vereinten Nationen, als auch die zwischenstaatlichen Gremien für ihre Untätigkeit und manchmal auch ihr Schweigen. Wir sind immer noch zwei Jahre dabei. Weder der Generalsekretär, noch der Hohe Kommissar für Menschenrechte oder irgendein anderer hochrangiger Beamter der UNO hat auch nur das Wort Völkermord in den Mund genommen. Und wenn man danach fragt, bekommt man immer noch diese Standardantwort, die vor Jahren im Sekretariat entwickelt wurde, um die Frage irgendwie abzuwehren, dass nur ein Gericht Völkermord erklären kann. Nun, nur ein Gericht kann die Verbrechen, für deren Überwachung sie zuständig sind, anklagen, sei es Folter, summarische Hinrichtungen oder andere Verbrechen, aber das hindert sie nicht daran, sich öffentlich dazu zu äußern. Und tatsächlich erklären hochrangige Vertreter der UNO einen Vorfall, den sie als Terrorismus

einstufen, unmittelbar nach dessen Bekanntwerden zum Terrorismus. Dazu scheinen sie keine Rechtsgutachten zu benötigen.

Das Beleidigende daran ist außerdem, dass die Verpflichtungen im Zusammenhang mit Völkermord, nicht nur in der Konvention, sondern auch in Bezug auf die mandatierten UN-Gremien, die die Menschenrechte überwachen sollen, eine Verpflichtung zur Prävention sind. Und man kann einen Völkermord nicht verhindern, wenn man sich weigert, das Verbrechen überhaupt zu benennen, bis zwei Jahre später ein internationales Tribunal den Hammer geschlagen hat. Das ist eine inakzeptable Reaktion. Und so tritt diese Kommission nun in diesem Moment auf den Plan, zusätzlich zu all den anderen Erklärungen, die aus dem UN-System gekommen sind, und erklärt, dass es sich tatsächlich um Völkermord handelt, und legt die Fakten und das Gesetz auf so systematische Weise dar. Sie entlarvt diejenigen, die aus Angst vor den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich und den Deutschen und der Europäischen Union, aus Angst vor Schikanen durch israelische Stellvertreter und israelische Lobbygruppen gezögert haben, die Wahrheit zu sagen. Sie sind jetzt mehr denn je bloßgestellt.

DL: Ich bin froh, dass Sie den UN-Generalsekretär erwähnt haben, denn genau das wollte ich in meiner nächsten Frage ansprechen. Sie haben darauf hingewiesen, dass er das Wort Völkermord nicht einmal in den Mund genommen hat. Einige von uns, darunter auch ich, haben Antonio Gutierrez während dieser zwei schrecklichen Jahre ziemlich kritisch gesehen. Was kann und sollte er Ihrer Meinung nach zusätzlich zur Benennung des Verbrechens als Völkermord in seiner Rolle als UN-Generalsekretär noch tun, um diesem Schrecken ein Ende zu setzen? Mir ist klar, dass er das nicht alleine schaffen kann, aber ich bin sehr neugierig zu erfahren, was er Ihrer Meinung nach tun sollte, um die Aussichten zu verbessern, dass wir dieses schändliche Vorhaben stoppen können, bevor es vollendet ist.

CM: Der Generalsekretär hat Befugnisse, die er nicht genutzt hat. Wenn man sich ansieht, was der Sicherheitsrat getan hat, kann man ihm fast verzeihen, denn er wurde durch das Veto der USA blockiert. Er war also absichtlich handlungsunfähig, nicht wahr? Dieses Veto dient genau dazu, zu verhindern, dass er etwas tut, was eines der fünf ständigen Mitglieder nicht will. Aber in anderen Teilen des UN-Systems kann man das nicht auf einen Konstruktionsfehler schieben. Es ist eine Abdankung. Es ist ein Versagen aufgrund mangelnden politischen Willens, mangelnden Mutes, die Maßnahmen zu ergreifen, die von ihnen erwartet werden. Der Generalsekretär hat ein globales Podium. Er hat eine globale Plattform. Er hat gemäß der Charta die Befugnis, eigene Untersuchungen einzuleiten und auf dieser Grundlage Erklärungen abzugeben. Er hat Einfluss auf die Arbeit des Sicherheitsrats, auf die Arbeit der Generalversammlung, auf die Arbeit des Sekretariats und auf alle Ämter, die diese vertreten. Anstatt sie zu mobilisieren, um einen Völkermord zu stoppen, hat er sich dafür entschieden, seine Wortwahl sorgfältig so zu wählen, dass sie für die westlichen Mächte am wenigsten beleidigend ist.

Der Hauptgrund dafür ist eindeutig die Angst vor den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und Deutschland. Ich habe immer diese drei Länder genannt. Sie sind die Speerspitze der westlichen Straflosigkeit, aber das gilt auch für andere Länder, wie Kanada,

Australien, die europäische Gruppe und andere. Und nicht aus Prinzip, sondern aus Angst hat er diese Möglichkeiten nicht genutzt. In seiner Eröffnungsrede vor der Generalversammlung hätte er zu entschlossenem Handeln aufrufen können, um den Völkermord in Palästina zu stoppen. Erst gestern wurde er von Journalisten des UN-Pressekorps gedrängt, zu erklären, warum er jedes Mal, wenn er gefragt wird – es gibt all diese Erklärungen, über die wir gesprochen haben, von UN-Mechanismen und anderen zum Völkermord, und doch greift der Generalsekretär jedes Mal, wenn er gefragt wird, auf diese alte Nebelkerze zurück und sagt, nur ein Gericht könne einen Völkermord feststellen. Und er wurde gestern von Journalisten des Pressekorps dazu gedrängt. Und er hat seine Antwort etwas abgeändert. Er sagte: „Nun, wissen Sie, ich bin der Generalsekretär, ich werde mich an das halten, was ein UN-Gremium sagt.“ Er ist also jetzt über das Gericht hinausgegangen. Und dann sagte er: „Wenn der Sicherheitsrat oder die Generalversammlung etwas sagen, dann muss ich mich daran halten.“

Damit gibt er zunächst einmal zu, dass er sich weigert, moralische Führungsstärke zu zeigen. Er wird den politischen Gremien immer einen Schritt hinterherhinken und nicht die Führungsstärke zeigen, die in einer Situation wie dieser erwartet wird. Er wird nicht die Ressourcen einsetzen, die in einem Moment wie diesem erforderlich sind, und in derselben Erklärung wertet er den Menschenrechtsrat und die unabhängigen Menschenrechtsmechanismen, die ebenfalls Mechanismen der UNO sind, ab und behält sich jede Art von Weisung entweder an den Sicherheitsrat oder die Generalversammlung vor. Und diese Zurückhaltung gegenüber dem Sicherheitsrat ist kein Zufall. Die Generalversammlung ist ein anderes Thema, über das wir sprechen können, aber es gibt diese Tendenz, nicht nur unter UN-Beamten, sondern auch unter den UN-Mitgliedstaaten, sich hinter dem Sicherheitsrat zu verstecken, weil sie wissen, dass der Sicherheitsrat aufgrund des Vetos der USA nicht handeln kann. Es ist also sehr einfach, die Hände zu heben und zu sagen: Nun, es gab eine Resolution im Sicherheitsrat, aber die USA haben ihr Veto eingelegt, wir können nichts tun. Es gibt viele Befugnisse in der UN-Charta, die nicht genutzt wurden, um darauf zu reagieren. Und das ist die Entscheidung der Beamten, die die Macht dazu haben.

DL: Wenden wir uns nun einem dieser politischen Gremien zu, der Generalversammlung der Vereinten Nationen. Insbesondere möchte ich mit Ihnen über die Resolution „Uniting for Peace“ [„Vereint für den Frieden“] sprechen. Ende August veröffentlichte Mondowitz einen Artikel von Ihnen, in dem Sie argumentierten, dass die Resolution „Uniting for Peace“ aus der Zeit des Kalten Krieges eine vielversprechende Alternative darstellt, um den Druck auf das genozidiale Regime Israels zu erhöhen. Könnten Sie uns zunächst einmal erklären, was die Resolution „Uniting for Peace“ ist? Was war der Anlass für ihre Verabschiedung? Was besagt sie im Wesentlichen?

CM: Ja, „Uniting for Peace“ ist ein Mechanismus der Generalversammlung aus der Zeit des Kalten Krieges, der eigentlich sehr wichtig ist, aber nur sehr wenig bekannt ist. Er wurde 1950 während des Koreakriegs verabschiedet. Im Wesentlichen besagt sie, dass, wenn der Sicherheitsrat aufgrund des Vetos eines seiner ständigen Mitglieder nicht handlungsfähig ist, die Generalversammlung, das demokratischere Gremium der UNO, in dem 193 Staaten vertreten sind, die alle Mitglieder sind, alle eine Stimme haben und es kein Veto gibt, befugt

ist, Maßnahmen zu ergreifen, um die Blockade im Sicherheitsrat zu umgehen. Und das ist wichtig. Es gibt ihr zusätzliche Befugnisse. Es erfordert eine Zweidrittelmehrheit, aber Resolutionen zu Palästina werden routinemäßig mit mehr als einer Zweidrittelmehrheit angenommen, weil die Welt effektiv hinter Palästina steht und die USA und Israel in diesen Fragen sehr isoliert sind. Und was sie tun könnten, ist, dass sie im Rahmen dieser sogenannten „Uniting for Peace Resolution“ konkrete Maßnahmen ergreifen könnten, um Israel zur Rechenschaft zu ziehen und dazu beizutragen, den dort stattfindenden Völkermord zu stoppen.

So könnten sie beispielsweise beschließen, die Beglaubigungsschreiben des Staates Israel in der UN-Generalversammlung nicht anzuerkennen, so wie sie es mit dem Apartheidstaat Südafrika getan haben. Das wäre eine Möglichkeit. Damit würden sie den Sicherheitsrat umgehen, der dies auch im Fall des Apartheidstaates Südafrika blockiert hatte. Die Generalversammlung fand einen Weg, dies zu umgehen, und lehnte die Beglaubigung des Apartheidstaates Südafrika ab. Sie könnten dasselbe mit Israel tun. Sie könnten Sanktionen und ein Militärembargo verhängen. Nun könnten sie diese zwar nicht durchsetzen, aber sie könnten sie verhängen und einen multilateralen Rahmen für ihre Umsetzung schaffen. Sie könnten sie überwachen und bei Bedarf ausweiten. Sie könnten ein Strafgericht einrichten, um israelische Täter zur Rechenschaft zu ziehen. Auch dies alles könnte in der Generalversammlung unter „Uniting for Peace“ geschehen. Sie könnte die Anti-Apartheid-Mechanismen reaktivieren, die während des Kampfes gegen die Apartheid in Südafrika so wichtig waren und dazu beigetragen haben, zusätzlichen politischen Druck auszuüben. Und wir haben gesagt, dass sie auch eine multinationale UN-Schutzmacht beauftragen könnten, sich in Gaza und letztendlich auch im Westjordanland zu stationieren, um mit einem konkreten Mandat die Zivilbevölkerung vor Völkermord zu schützen, die Lieferung humanitärer Hilfe sicherzustellen, Beweise für israelische Kriegsverbrechen zu sichern und den Prozess des Wiederaufbaus und der Wiederherstellung einzuleiten. Sie könnten dies tun. Und sie könnten es mit einer Zweidrittelmehrheit in der Generalversammlung tun.

Ob sie das tun werden oder nicht – lassen Sie mich sagen, dass es einen Präzedenzfall gibt. 1956, auf dem Höhepunkt der Suez-Krise, beauftragte die Generalversammlung im Rahmen der Initiative „Uniting for Peace“ die UN-Notfalltruppe, die gegen den Willen Frankreichs, gegen den Willen des Vereinigten Königreichs, beides Mitglieder des Sicherheitsrats mit Vetorecht, und gegen den Willen Israels im Sinai stationiert wurde. Und dies wäre sogar noch einfacher, da wir uns auf die letzjährige beratende Stellungnahme des Internationalen Gerichtshofs stützen können, in der bestätigt wurde, dass Israel keine Souveränität über das Westjordanland oder den Gazastreifen hat, keine Autorität im Westjordanland oder im Gazastreifen, keine Rechte im Westjordanland oder im Gazastreifen und kein Mitspracherecht. Nur der Staat Palästina hätte ein Bleiberecht, und man bräuchte nicht einmal Kapitel VII der UN-Charta. Man braucht den Sicherheitsrat nicht, da die Entsendung auf der Zustimmung der Palästinenser beruhen würde.

Das ist eine reale Möglichkeit, aber man kann sich vorstellen, dass sehr mächtige Kräfte, sowohl die Amerikaner und ihre Verbündeten als auch die Verfechter des Status quo, die Franzosen, Saudis und andere, sehr hart daran arbeiten, dass dies nicht geschieht. Aber es gibt eine globale Bewegung, die sich um dieses Thema gebildet hat und versucht, die diplomatischen Gespräche ans Tageslicht zu bringen, damit jeder Mitgliedstaat Ja oder Nein zum Einsatz von Schutzmaßnahmen für Menschen sagen muss, die von Ausrottung bedroht sind. Und dann müssen sie sich für ihre Stimme gegenüber ihrem eigenen Volk und dem Rest der internationalen Gemeinschaft verantworten. Sie können sich nicht mehr verstecken und sagen: „Wir haben es versucht, aber die USA haben ihr Veto eingelegt.“ Die Idee ist, dies der öffentlichen Kontrolle auszusetzen und zu sehen, ob dies den politischen Willen beeinflussen kann.

DL: Ich möchte mich auf einen Punkt konzentrieren, den Sie im Zusammenhang mit den Optionen erwähnt haben, die der Generalversammlung im Rahmen dieser Resolution zur Verfügung stehen. Sie haben erwähnt, dass sie einen Internationalen Strafgerichtshof einrichten könnten. Und Sie haben auch darüber gesprochen, dass der Internationale Strafgerichtshof unter dem immensen Druck der Vereinigten Staaten, Israels und anderer westlicher Staaten, einschließlich der britischen Regierung, praktisch außer Kraft gesetzt wurde. Wenn sie einen Internationalen Strafgerichtshof einrichten würden, hätte dann der von oder für diesen Gerichtshof ernannte Ankläger die Befugnis, Anklagen zu erheben, die die UN-Mitglieder respektieren müssten?

CM: Ja, das hätte er. Er könnte Anklagen erheben. Er könnte alle normalen Funktionen eines Gerichts wahrnehmen. Er hätte jedoch nicht die Befugnis, diese durchzusetzen. Aber wissen Sie was? Das hat auch kein anderes Gericht. Weder der IStGH noch der IGH. Wenn Sie also ein Schurkenregime wie das in Washington oder das in Israel haben, wird nichts, was Sie tun, diese dazu bringen, sich sofort daran zu halten. Aber sobald jemand angeklagt wurde, sobald die Beweise auf dem Tisch liegen, weiß man nie, was passieren wird. Bei diesem Fall vor dem IStGH weiß man nie. Der IStGH hat nicht einfach seine Zelte abgebrochen und ist nach Hause gegangen. Er ist, wie wir beide gesagt haben, in den Hintergrund getreten, um sicherzugehen. Er ist in gewisser Weise gelähmt, weil die US-Sanktionen jedem, der mit dem Gericht kooperiert, strafrechtliche Verantwortung auferlegen. Und das bedeutet, ihnen E-Mails zur Verfügung zu stellen, ihnen Finanzdienstleistungen zur Verfügung zu stellen, damit sie Gehälter zahlen können und so weiter. Diese unrechtmäßigen Sanktionen der Vereinigten Staaten können also viel Schaden anrichten, aber sie haben den IStGH nicht lahmgelegt. Diese Akten sind immer noch aktuell. Es gibt Gespräche mit anderen Mitgliedstaaten darüber, wie die Auswirkungen der Sanktionen gemindert und letztendlich blockiert werden können. Die EU verfügt über eine Blockadegesetzgebung, die ihr in dieser Hinsicht helfen könnte. Andere ebenfalls. Das wird also weitergehen.

Aber wichtig ist, dass es einen Prozess geben wird. Die Täter werden angeklagt werden. Es werden Beweise vorgelegt werden. Es wird ein offizielles Protokoll erstellt werden. Und mit der Zeit werden einige Personen zur Rechenschaft gezogen und andere unter Beobachtung gestellt werden. Eine der wichtigsten Strategien zur Abschaffung des Apartheid-Regimes in

Südafrika war die Isolation. Und diese Isolation war diplomatischer und wirtschaftlicher Natur. Sie war auch physischer Natur. Stellen Sie sich also vor, israelische Täter würden angeklagt – wie schnell würde sich ihre Welt verkleinern, ihre Reisemöglichkeiten einschränken. Bislang gibt es also mitschuldige Staaten – einige davon sehr direkt mitschuldig, nicht wahr? Es gibt Länder wie die USA und Bulgarien und andere, die Netanjahu, der wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt ist, einladen und ihm sogar Sicherheit in ihren Ländern garantieren. Das ist ein Akt der Mittäterschaft. Diese Länder verstößen gegen ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen. Mit der Zeit werden sie dafür auch einen Preis zahlen müssen, glaube ich. Stellen Sie sich also vor, wie sehr das die Welt der angeklagten Personen und ihre Reisemöglichkeiten usw. einschränkt. Ich halte das für wichtig, trotz der Behinderung durch skrupellose Regierungen wie die der Vereinigten Staaten.

DL: Man könnte sagen, dass die Angst vor einer Verhaftung eine abschreckende Wirkung hat, auch wenn es nie zu einer Verhaftung kommt. Versetzen Sie sich einfach in die Lage von jemandem, der mit einer solchen Anklage konfrontiert ist, wie Netanjahu und Gallant. Ich bin sicher, dass sie lieber nicht dem Risiko einer Verhaftung und dem Stigma einer Anklage ausgesetzt sein möchten. Als Nächstes möchte ich mit Ihnen, Craig, über den Angriff auf Katar sprechen. Bevor ich auf die Ereignisse dieses außerordentlichen Notfallgipfels in Doha eingehe, der am Montag zu Ende ging, möchte ich zunächst eine grundlegende Frage des Völkerrechts stellen: Was durfte Katar rechtlich gesehen tun, um auf den Angriff Israels auf Doha in der vergangenen Woche zu reagieren?

CM: Für Katar war dies ein Akt der Aggression. Es handelte sich um einen bewaffneten Angriff auf das Territorium Katars, der nicht vom Sicherheitsrat genehmigt wurde und kein Akt der Selbstverteidigung war. Katar ist nicht einmal in einen Konflikt verwickelt. Katar ist ein Verbündeter der Vereinigten Staaten und hat zeitweise mit dem israelischen Regime zusammengearbeitet. Es befindet sich also nicht in einem bewaffneten Konflikt. Aber es war Opfer eines Aktes der Aggression, und ein Akt der Aggression würde es berechtigen, zur Selbstverteidigung Waffengewalt anzuwenden. Natürlich haben sie sich dagegen entschieden, aber das wäre ihr gutes Recht gewesen. Und es handelt sich nicht nur um einen Akt der Aggression gegen Katar. Ich habe es als verräterisches, perfides Verbrechen bezeichnet, weil es ein Verbrechen war, das von den Israelis und Amerikanern unter dem Deckmantel diplomatischer Gespräche inszeniert wurde. Sie lockten ihre Gesprächspartner zu diesen diplomatischen Gesprächen und nutzten diese dann, um sie zu ermorden, um sie zu assassinieren. Genauso wie sie es mit Hassan Nasrallah gemacht haben, der in Beirut war, um einem Waffenstillstand zuzustimmen, dem er bereits zugestimmt hatte, als die Israelis ihn ermordeten, und wie sie es bei dem Angriff der USA und Israels auf den Iran gemacht haben, wo sie vorgaben, mit dem Iran zu verhandeln, um dann einen Überraschungsangriff zu starten, genau wie in diesem Fall.

Es handelte sich um ein Verbrechen der Aggression. Es war ein besonders perfides und schändliches Verbrechen, wie es begangen wurde, aber es war auch ein schwerer Verstoß – also ein Verbrechen der Aggression gemäß der UN-Charta, aber auch ein schwerer Verstoß

gegen das humanitäre Völkerrecht, ein Verbrechen des Mordes. Es war ein grober Verstoß gegen das internationale Menschenrechtsgesetz, das außergerichtliche Hinrichtungen verbietet. Und ich denke, es war ein Angriff auf das Völkerrecht selbst, der sagt: Die Regeln gelten nicht für uns, und wir fordern euch heraus. Und dann wurde der Welt die Botschaft vermittelt: Okay, wenn diese Regeln für uns nicht gelten, gelten sie für niemanden. Es ist also ein Angriff auf das Völkerrecht selbst. Und es ist ein Angriff auf die Idee der Diplomatie an sich. Wie ich bereits in anderen Interviews gesagt habe, lautet die erste Regel der Diplomatie, dass man seinen Verhandlungspartner nicht ermordet, während die Verhandlungen laufen. Richtig? Und all dies ist das Ergebnis der absoluten Straffreiheit durch den Westen, die zu dieser Arroganz, dieser Gewalt, diesem mörderischen Amoklauf des israelischen Regimes in ganz Westasien und darüber hinaus geführt hat, denn die Menschen in Kanada, in den Vereinigten Staaten, im Vereinigten Königreich und in ganz Europa sind von diesem Regime beeinflusst und werden in ihren eigenen Ländern im Namen eines ausländischen Regimes von der Staatsmacht verfolgt. Das ist nur eine Fortsetzung des gewalttätigen Amoklaufs Israels.

DL: Als Reaktion darauf hat das Regime in Katar, wie ich bereits erwähnt habe, diesen außerordentlichen Notfallgipfel einberufen, an dem über 50 Staaten aus der Arabischen Liga und der Organisation für Islamische Zusammenarbeit teilgenommen haben. Und, Craig, ich habe tatsächlich Zeit gefunden, das Communiqué mehrmals zu lesen. Was mir dabei aufgefallen ist – vielleicht habe ich es übersehen, aber ich glaube nicht –, ist, dass die teilnehmenden Staaten keine neuen wirtschaftlichen oder diplomatischen Sanktionen gegen Israel angekündigt haben und schon gar nicht ihre Absicht bekundet haben, militärisch zu reagieren. Meine Frage ist also eher geopolitischer als rechtlicher Natur, aber mich interessiert Ihre Meinung zu den Ergebnissen dieses Gipfels. Glauben Sie, dass das Communiqué der teilnehmenden Staaten den Druck auf Israel, den Völkermord zu beenden und die Souveränität der arabischen Nachbarstaaten zu respektieren, wesentlich erhöhen wird, oder sehen Sie dies eher als politisches Theater?

CM: Nein, ich denke, die Erklärung selbst verkündet der Welt, dass Israel und die USA mit ihrem Angriff auf Katar davongekommen sind. Denn trotz aller starken Rhetorik in der Erklärung, die am Ende des Gipfels verabschiedet wurde, fehlte es ihr an Biss. Es gab einige Vorschläge für Konsequenzen, und daher werde ich mir einen winzigen Spielraum offenhalten, dass es etwas gibt, das nicht in der Erklärung steht, das sich daraus ergeben wird. Aber man hätte hoffen können, dass diese Golfstaaten nach diesem Angriff die faustische Natur des Abkommens erkannt hätten, das sie mit der Achse USA-Israel geschlossen haben, bei dem sie, wie ich gesagt habe, ihre Souveränität geopfert haben, Teile ihrer Wirtschaft geopfert haben, ihre Ehre geopfert haben, US-Militärstützpunkte beherbergt haben und ihre Beziehungen zum israelischen Regime normalisiert haben. Und sie haben all das getan, weil sie glaubten, dass sie im Gegenzug den Schutz des Imperiums vor Israel und vor den Verwüstungen des Imperiums selbst erhalten würden. Und dann hat man gesehen, wie schnell Katar fallen gelassen wurde. Katar beherbergt die größte US-Militärbasis in Westasien. Richtig? Und wie schnell sie fallen gelassen wurden.

Die USA haben ihre in Katar stationierten Streitkräfte, die Katar verteidigen sollen, abgezogen. Sie haben grünes Licht für die Angriffe gegeben, sie haben die Attentäter bewaffnet. Und das Ergebnis ist ein Treffen, bei dem viele böse Worte fallen, aber keine konkreten Maßnahmen beschlossen werden. Sie hätten das absurde und komplizenhafte Abraham-Abkommen für absolut beendet erklären können, sie hätten Sanktionen gegen Israel ankündigen können, sie hätten noch direkter eine Art Sicherheitskooperation als Abschreckungsmaßnahme ankündigen können. Sie hätten Maßnahmen ankündigen können, die sie in der Generalversammlung, in dem von mir beschriebenen Sinne, ergreifen würden, denn sie sind sehr einflussreich und ein großer Teil der globalen Mehrheit. Sie hätten viel weiter gehen können, als sie es getan haben. Wenn sie nach diesem Gipfel keine konkreten Maßnahmen ergreifen, sage ich nicht, dass sie gegen das israelische Regime in den Krieg ziehen müssen, aber wenn sie aus Angst vor den Vereinigten Staaten, die für viele dieser Regime ein wichtiger Motivationsfaktor sind, keine konkreten Maßnahmen ergreifen, die tatsächlich Wirkung zeigen, dann wäre das eine Kapitulationserklärung. Und genau dieses Verhalten hat die Straflosigkeit Israels gefördert. Und diese Straflosigkeit führt zu einer Ausweitung der israelischen Gewalttaten, zu denen, wie ich bereits sagte, Völkermord in Palästina, Besatzung in Palästina, im Libanon und in Syrien gehören, transnationale Terroranschläge mit Sprengfallen in Pagern im Libanon, Angriffe auf Palästina, den Libanon, Syrien, den Jemen, den Irak und den Iran – allesamt Akte der Aggression nach internationalem Recht. Genau diese Art der Nichtreaktion nährt die Straflosigkeit, die die Gewalt des israelischen Regimes nährt. Wenn sie dieses Regime nicht isolieren, wenn sie sich nicht gegen ihren amerikanischen Paten stellen, um eine Veränderung herbeizuführen, werden sie alle darunter leiden, nicht nur Katar. Niemand in Westasien ist sicher. Keiner von uns ist vor den Machenschaften des israelischen Regimes und seiner Stellvertreter sicher.

DL: Mir ist eingefallen, Craig, dass es noch ein weiteres Thema gibt, das ich mit Ihnen besprechen möchte, wenn Sie noch fünf Minuten Zeit haben. Es hängt mit dem zusammen, worüber wir gesprochen haben, ist aber ein wenig abseits vom Thema. Ich dachte, da Sie gerade hier sind, könnte ich von Ihrem juristischen Fachwissen profitieren. Ist das in Ordnung?

CM: Aber sicher. Alles, was Sie wollen.

DL: Okay, ich war kürzlich auf einer Plattform, auf der ich häufig als Redner eingeladen werde mit Jamal Thomas – und er fragte mich nach dem Versäumnis der Volksrepublik China, Sanktionen gegen Israel zu verhängen. Sie und ich haben darüber gesprochen, als ich Sie das letzte Mal interviewt habe, obwohl wir meiner Meinung nach nicht speziell über China gesprochen haben, sondern allgemein über die Pflicht, Sanktionen zu verhängen. Ich habe ihm gegenüber die Ansicht vertreten, dass ich zwar ohne Weiteres anerkenne und wiederholt gesagt habe, dass die Hauptschuldigen an diesem Völkermord westliche Staaten sind, insbesondere die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Deutschland, aber ich glaube, dass nicht-westliche Staaten, insbesondere die wichtigeren wie die Volksrepublik China und die Russische Föderation, nicht genug tun. Und ich bin der Meinung, die Sie, glaube ich, bei unserem letzten Gespräch auch geäußert haben, dass sie nach internationalem Recht

verpflichtet sind, wirtschaftliche Maßnahmen gegen Israel zu ergreifen, unabhängig von jeglichem Verbot einseitiger Sanktionen in der Charta der Vereinten Nationen, denn das bringen sie ständig vor. Sie sagen, wir sind gegen einseitige Sanktionen, diese können nur vom UN-Sicherheitsrat genehmigt werden. Und Sie und ich haben über die Verpflichtung gesprochen, Völkermord gemäß der Völkermordkonvention zu verhindern. Außerdem haben Sie einen meiner Meinung nach sehr guten Punkt angesprochen, nämlich dass der Internationale Gerichtshof im Januar 2024 den Staaten effektiv auferlegt hat, Maßnahmen im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu ergreifen, um Völkermord zu verhindern, einschließlich geeigneter wirtschaftlicher Sanktionen.

Diese Ansicht habe ich in der Sendung von Jamal Thomas zum Ausdruck gebracht. Und dann kam der Gast nach mir, den ich zuvor noch nie gesehen hatte und den ich nicht namentlich nennen werde, da dies irrelevant ist. Es ist die rechtliche Frage, die mich interessiert und die ich mit Ihnen erörtern möchte. Er vertrat die Auffassung, dass ein Staat gemäß der Völkermordkonvention keine Maßnahmen gegen einen anderen Staat ergreifen kann, es sei denn, er ist vom Internationalen Gerichtshof dazu ermächtigt worden. Denn die Völkermordkonvention enthält eine Bestimmung, die die Vertragsstaaten der Völkermordkonvention anweist, ihre Streitigkeiten vor den Internationalen Gerichtshof zu bringen. Meiner Meinung nach, ist Artikel 1 der Völkermordkonvention nicht durch diese Bestimmung der Völkermordkonvention eingeschränkt, und dass unter Umständen wie diesen die Volksrepublik China und die Russische Föderation – und im Falle der Volksrepublik China ist das ziemlich wichtig, weil sie meines Wissens der zweitgrößte Handelspartner Israels ist –, verpflichtet sind, Sanktionen zu verhängen, und nicht sagen dürfen, dass der UN-Sicherheitsrat diese nicht genehmigt hat, was er aufgrund des Vetos der Vereinigten Staaten zwangsläufig nicht tun wird. Ich bin neugierig, wie Sie dazu stehen. Meine Frage an Sie lautet also ganz einfach: Gibt es Ihrer Meinung nach in der Völkermordkonvention irgendetwas, das einen Mitgliedstaat, einen Unterzeichnerstaat der Konvention, daran hindert, Sanktionen gegen einen Staat zu verhängen, der im Verdacht steht, Völkermord zu begehen, oder tatsächlich dabei ist, Völkermord zu begehen, ohne dass eine Anordnung des IGH oder des UN-Sicherheitsrats vorliegt?

CM: Das ist eine absolut absurde Auslegung der Völkermordkonvention. Das widerspricht in der Tat dem Grundgedanken der Völkermordkonvention, die, wie ich bereits sagte, als Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes bezeichnet wird. Prävention ist unmöglich, wenn man die Maßnahmen der Vertragsstaaten nur auf Maßnahmen durch den Gerichtshof beschränkt, der, wie Sie wissen, zwei, drei, vielleicht sogar mehr Jahre braucht, um seine Beratungen abzuschließen, was bedeutet, dass keine Prävention stattgefunden hat. Das wäre also eine absurde Auslegung. In der Konvention steht nichts darüber, dass Maßnahmen zur Verhütung von Völkermord über den Internationalen Gerichtshof ergriffen werden müssen. Dort werden Streitigkeiten behandelt. Das ist eine Möglichkeit, den Gerichtshof einzuschalten. Dabei sind die Staaten verpflichtet, innerhalb ihres eigenen nationalen, regionalen und internationalen Umfelds Maßnahmen zu ergreifen, um Völkermord zu verhindern, zu stoppen und zu bestrafen. Das ist die Idee hinter der Konvention selbst. Aus diesem Grund ist das eine sehr bizarre Auslegung.

Nun ist es sicherlich zutreffend, dass einseitige Sanktionen und Zwangsmaßnahmen ein sehr missbräuchliches Instrument sind, das gegen das Völkerrecht verstößt, die internationalen Menschenrechte verletzt und ein großes Problem darstellt. Insbesondere beispielsweise in der Art und Weise, wie sie von den USA verhängt werden, die völlig verrückt geworden sind. Sie haben bereits Sanktionen gegen unzählige Länder verhängt, die Millionen von Menschen leiden und sterben ließen. Sie haben sich nun angewöhnt, Sanktionen gegen jeden zu verhängen, mit dem sie nicht einverstanden sind, insbesondere gegen jeden, der den Staat Israel kritisiert. So haben sie Sanktionen gegen den Internationalen Strafgerichtshof verhängt. Sie haben Sanktionen gegen den Sonderberichterstatter verhängt. Sie sind mit ihrem Machtmisbrauch völlig aus dem Ruder gelaufen. Es gibt also einen Grund, warum die internationale Gemeinschaft versucht zu sagen, dass man solche einseitigen Zwangsmaßnahmen nicht durchführen darf. Das bedeutet jedoch nicht, dass einzelne Staaten nicht befugt sind, Maßnahmen zu ergreifen, um ihren rechtlichen Verpflichtungen, ihren vertraglichen Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte, des humanitären Rechts und des internationalen Strafrechts nachzukommen. Tatsächlich sind sie dazu verpflichtet. Und wenn sie eine multilaterale Deckung benötigen, haben sie in diesem Fall in Bezug auf Israel nun die vorläufigen Maßnahmen des Internationalen Gerichtshofs, die ihnen genau sagen, dass sie dies tun müssen, dass das Gesetz dies verlangt. Richtig? Das ist kein Artikel in einer juristischen Fachzeitschrift oder ein nationales Gericht irgendwo. Das ist der Internationale Gerichtshof, die maßgebliche Instanz des Völkerrechts und übrigens auch die in der Völkermordkonvention benannte Instanz, um solche Dinge zu klären. Das ist ganz klar. Das geht auch aus dem Gutachten des Gerichtshofs hervor. Das gibt ihnen Rückendeckung.

Aber sie könnten auch versuchen, wenn sie multilateralen Rückhalt wollen, diesen morgen in der UN-Generalversammlung zu bekommen. Wie ich schon sagte, unter „Uniting For Peace“ – und ich meine buchstäblich morgen. Morgen ist der 18., also der Stichtag, den die Generalversammlung Israel gesetzt hat, um den Anordnungen des Internationalen Gerichtshofs und den Forderungen der Generalversammlung nachzukommen oder mit weiteren Maßnahmen rechnen zu müssen. Buchstäblich morgen könnten sie unter dem Motto „Uniting For Peace“ zusammenkommen und die von mir erwähnten Maßnahmen verabschieden, darunter ein Waffenembargo und Sanktionen. Warum sie dies bisher nicht getan haben, ist genau der Grund, den Sie genannt haben. Die Staaten, einschließlich dieser Staaten, unterhalten sehr umfangreiche Beziehungen zu Israel, Handelsbeziehungen, technologischen Austausch, Waffenbeziehungen und so weiter. Sie nutzen einige der schlimmsten Technologien, die auf der Erde entwickelt wurden, entwickelt in Israel, um ihre Bevölkerung zu überwachen und so weiter.

Diese einzelnen Staaten haben also versagt, aber jetzt haben sie eine Chance. Und das, Dimitri, gilt besonders, weil die globale Mehrheit gesagt hat, dass sie diesen Völkermord ablehnt, dass sie sich solidarisch mit dem palästinensischen Volk gegen das israelische Regime stellt und dessen Beendigung fordert. Vor einem Jahr haben sie diese wegweisende Resolution verabschiedet, in der es um Sanktionen geht, um ein Waffenembargo, um all die Dinge, die vor dem Internationalen Gerichtshof verhandelt wurden, und in der sie sagen, dass sie diese durchsetzen werden und dass, wenn man sie ignoriert, in einem Jahr weitere

Maßnahmen ergriffen werden. Dieses Jahr ist morgen. Und tatsächlich wurde dieser Tag von der palästinensischen Zivilgesellschaft und denjenigen, die sich solidarisch mit ihnen zeigen, zum internationalen Aktionstag für Demonstrationen, Proteste, Streiks und alles andere erklärt. Es wird eine große Demonstration geben, an deren Organisation ich beteiligt war. Morgen wird von der öffentlichen Bibliothek an der 5th Avenue und 42nd Street zum Sitz der Vereinten Nationen marschiert, vorbei an einer Reihe von Vertretungen der UN-Mitgliedstaaten. Es wird eine große Kundgebung mit Menschen wie Roger Waters und Jill Stein und vielen anderen einflussreichen Stimmen geben, die alle im Zusammenhang mit dieser Forderung dort sein werden. Es gibt nichts, was das verhindern könnte – ich meine, das würde den Sanktionen, dem Waffenembargo und all den anderen Maßnahmen, die ich ergriffen habe, multilaterale Legitimität verleihen. Und wenn sich die Staaten dagegen entscheiden, habe ich gesagt, dass ich von da an die Fahne für die Auflösung der Vereinten Nationen hochhalten werde, was beweisen würde, dass es nicht um das Veto geht. Es ist die Entscheidung hochrangiger Beamter der Mitgliedstaaten, die eine sehr zynische Entscheidung treffen, die ihnen gemäß der UN-Charta gewährten Befugnisse nicht zu nutzen.

DL: Sie haben mich dazu veranlasst, die entscheidende Frage zu stellen, Craig: Gibt es Ihrer Meinung nach einen Staat auf Gottes grüner Erde, der seinen internationalen rechtlichen Verpflichtungen nachkommt, um diesem Horror ein Ende zu setzen? Auch nur einer?

CM: Niemand zu 100 %, außer vielleicht Jemen unter Ansar Allah, die große Opfer gebracht haben, über das Übliche hinausgegangen sind, sondern Leben geopfert haben, um zu versuchen, einzutreten. Aber es gibt viele Staaten, die sehr wichtige Schritte unternommen haben, die eine wichtige Wirkung haben. Der Fall Südafrika wegen Völkermordes vor dem Internationalen Gerichtshof – sie haben das auf eigenes nationales Risiko hin unternommen und mussten die Konsequenzen dafür tragen, angefangen mit Donald Trumps Erklärung, dass es in Südafrika einen Völkermord an Weißen gebe. Wissen Sie, wir begehen keinen Völkermord, Sie begehen Völkermord. Das ist die Art von kindischem Schulhof-Unsinn, für den Trump so berühmt ist. Aber sie haben das getan. Es gibt andere Länder, die in ihrem eigenen kleinen Rahmen – Spanien hat einige mutige Positionen bezogen, seine neun Maßnahmen angekündigt und so weiter. Es muss noch viel mehr getan werden. Kolumbien, glaube ich, verstärkt seine Bemühungen zunehmend. In jeder Region gibt es einen Staat, der einige Maßnahmen ergriffen hat, aber keiner hat alles in seiner Macht Stehende getan, um dies tatsächlich zu stoppen. Und ich denke, es wäre schön, wenn wir darauf zählen könnten, dass Staaten direkt intervenieren, um den Völkermord zu stoppen, wie es Jemen unter Ansar Allah versucht hat. Sie werden es nicht tun, weil sie Deckung brauchen.

Hier ist also die Gelegenheit. Versammelt euch im Rahmen von „Uniting For Peace“, verabschiedet ein multilaterales Mandat für eine UN-Schutzmacht, stellt Truppen für diese Macht zur Verfügung, nutzt euren diplomatischen, wirtschaftlichen und sonstigen Druck, um sicherzustellen, dass sie eingesetzt wird und Zugang erhält, und stoppt diesen Völkermord, von dem ihr wisst, dass er stattfindet, der umstritten ist und den die ganze Welt, die die Autorität hat, dies zu bestätigen, bestätigt hat. Ihr habt die Macht, das zu stoppen. Dies ist unser Moment wie damals bei der League of Nations. Ich glaube wirklich, dass dieser Teil

der 80. Sitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen in hohem Maße darüber entscheiden wird, ob es eine 90. Sitzung der Generalversammlung geben wird. Und ehrlich gesagt, Dimitri, hoffe ich, dass sie das Richtige tun. Wenn sie es nicht tun, wird es mir nicht leid tun, sie gehen zu sehen. Ich sage das als jemand, der 32 Jahre lang bei den Vereinten Nationen gearbeitet und dort sein Herzblut gegeben hat. Und als jemand, der Teile der UNO respektiert, wie die mutigen Menschen der UNRWA, von denen 360 während dieses Völkermords von Israel ermordet wurden, viele zusammen mit ihren Familien. Oder die unabhängigen Sonderverfahren wie von Francesca Albanese und andere und diese Untersuchungskommission jetzt. Unter enormem Druck ist Francesca Schikanen, Missbrauch, Sanktionen und Morddrohungen ausgesetzt, macht aber dennoch weiter ihre Arbeit. Es gibt Teile der UNO, die es wert sind, gerettet zu werden. Wir wollen nicht das Kind mit dem Bade ausschütten, aber wenn die politische Seite des Hauses den Weg des Völkerbundes gehen muss, wenn sie jetzt keine entschiedenen Maßnahmen ergreift, dann soll es so sein.

DL: In der Tat, Craig, die besten Komponenten der UNO sind diejenigen, die am heftigsten angegriffen werden. Und Sie haben zwei davon erwähnt. Das Büro des Sonderberichterstatters und die UNRWA. Meiner Meinung nach wirklich heldenhaft und das Beste der Menschheit. Ich kann Ihnen für dieses Gespräch nicht genug danken, und wir werden diesen Bericht morgen früh, am 18. September, veröffentlichen, in der Hoffnung, dass jemand da draußen, der die Macht hat, diese Dinge zu verwirklichen, zuhört. Und wir können Ihnen nicht genug dafür danken, dass Sie heute wieder bei uns waren, Craig.

CM: Danke. Es ist immer schön, bei Ihnen zu sein, Dimitri, und danke für alles, was Sie tun.

DL: Und wir verabschieden uns heute aus Kalamata. Ich nehme an, Sie sind in New York, Craig?

CM: Ich bin im Westen von New York.

DL: Und aus dem Westen von New York am 17. September 2025.

ENDE

Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:

BANKKONTO:

Kontoinhaber: acTVism München e.V.
Bank: GLS Bank
IBAN: DE89430609678224073600
BIC: GENODEM1GLS

PAYPAL:

E-Mail: PayPal@acTVism.org
g

PATREON:

<https://www.patreon.com/acTVis>

m

BETTERPLACE:

Link: [Klicken Sie hier](#)

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar.

Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org